

## Fragen

für die Fragestunde der 211. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 18. Januar 2017

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	14, 19	Kunert, Katrin (DIE LINKE.) .....	31, 32
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	15, 20	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	21, 22
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	41, 42	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	35, 36
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	12, 13	Pau, Petra (DIE LINKE.) .....	24, 25
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.) .....	8	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	3
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	16, 17	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	38, 39
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	26, 27	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	18, 34
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	9, 11	Tempel, Frank (DIE LINKE.) .....	28, 29
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	4, 5	Werner, Katrin (DIE LINKE.) .....	30, 33
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	6, 7	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) .....	23, 37
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	10, 40		
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	1, 2		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter  
**Christian Kühn  
(Tübingen)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zum Wohnungsschwarzmarkt für Flüchtlinge ([www.deutschlandfunk.de/das-geschaeft-der-schwarzmakler-wie-fluechtlinge-am.724.de.html?dram:article\\_id=374158](http://www.deutschlandfunk.de/das-geschaeft-der-schwarzmakler-wie-fluechtlinge-am.724.de.html?dram:article_id=374158)), und wie will sie dagegen vorgehen?
2. Abgeordneter  
**Christian Kühn  
(Tübingen)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der Datenerhebung von Destatis, wonach Menschen mit Migrationshintergrund höhere Mieten zahlen ([www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/destatis-menschen-mit-auslaendischen-wurzeln-leben-haeufiger-in-miete-14612777.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/destatis-menschen-mit-auslaendischen-wurzeln-leben-haeufiger-in-miete-14612777.html)), und welche Handlungsaufträge sieht sie dadurch für ihre Wohnungspolitik?
3. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der kürzlich erschienenen Publikation des Umweltbundesamtes „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2016“, und welche Maßnahmen wird sie als Konsequenz daraus in der laufenden Wahlperiode ergreifen?
4. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung seit ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 12, Plenarprotokoll 18/129, S. 12525 zum Sachverhalt der Anomalien in Deckel und Bodenkalotte des Reaktordruckbehälters beim Atomkraftwerk-Neubauvorhaben Flamanville 3 hinzugewonnen, und welche Schritte plant sie für einen entsprechenden Erkenntnisgewinn (ggf. bitte mit zugehörigen zeitlichen Angaben)?
5. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Mit welchen konkreten Schritten in Bezug auf die bundeseigenen Energiewerke Nord GmbH sorgt die Bundesregierung dafür bzw. will sie dafür sorgen, dass die Optionenprüfung und anschließende Antragstellung der Energiewerke Nord GmbH zur Sicherungsnachrüstung des Zwischenlagers Nord sich beschleunigt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 1, Plenarprotokoll 18/208, Anlage 2), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand,

dass die Energiewerke Nord als einzige aller Betreiber von Zwischenlagern für hochradioaktive Brennelemente noch keinen entsprechenden Nachrüstantrag gestellt haben?

6. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung von der belgischen Regierung über den jüngsten Störfall im Kernkraftwerk Doel ([www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/verletzter-akw-doel-100.html](http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/verletzter-akw-doel-100.html)) (bitte unter Angabe der Zeitpunkte), und welchen Austausch hatte sie diesbezüglich bisher mit der belgischen Regierung?
7. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den ihr vorliegenden Informationen über den jüngsten Störfall im Kernkraftwerk Doel ([www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/verletzter-akw-doel-100.html](http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/verletzter-akw-doel-100.html)), und welche Rolle spielte und spielt das jüngst mit Belgien abgeschlossene Atomabkommen beim Umgang mit dem Störfall?
8. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung das 2011 beschlossene Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Privilegierung des von Kindertageseinrichtungen und Kinderspielflächen ausgehenden Kinderlärms (siehe Bundestagsdrucksache 17/4836) evaluiert, und welche Erfahrungen und Erkenntnisse gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung hinsichtlich der Wirkungen dieses Gesetzes seit seinem Inkrafttreten?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

9. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt der Bundesminister Dr. Gerd Müller die Kohärenz zwischen seinem „Marshallplan“ und den Ergebnissen des von den G20 bei Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Afrikanischer Entwicklungsbank beauftragten Berichts zu Investitionen im Privatsektor und in die Infrastruktur afrikanischer Länder sicher, und spricht der persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, für die Kanzlerin, wenn

er sich für mehr Investitionen, aber gegen Handelsabkommen der EU mit einzelnen afrikanischen Staaten ausspricht (vgl. Reuters-Meldung vom 10. Januar 2017)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

10. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung insbesondere nach dem Treffen des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, mit Vertretern von Bombardier zu einem möglichen Abbau von Arbeitsplätzen an den sächsischen Standorten des Unternehmens vor, und mit welchen Maßnahmen wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, diesen Abbau zu verhindern?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

11. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, dass die Bundesregierung und die Europäische Union einerseits vorgeben, die regionale Integration auf dem afrikanischen Kontinent fördern zu wollen ([www.bmz.de/de/ministerium/wege/ez\\_eu/eu-wege/akpstaaten/](http://www.bmz.de/de/ministerium/wege/ez_eu/eu-wege/akpstaaten/)), andererseits jedoch durch die Maßnahmen des so genannten Grenzmanagements der EU die Personenfreizügigkeit in der Westafrikanischen Wirtschaftsunion (ECOWAS) eingeschränkt wird, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob sich die Route der Flüchtlinge und Migranten vom afrikanischen Kontinent nach Europa unter anderem aufgrund der nigrischen Gesetzgebung gegen Menschenhändler und Schleuser von Agadez (Niger) nach Gao (Mali) verlagert?

12. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Was tut die Bundesregierung, um die lebensgefährliche Situation für Geflüchtete und Obdachlose in Griechenland zu entschärfen, und welche weiteren Möglichkeiten zur Unterstützung gäbe es darüber hinaus?
13. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung als Mitglied der Europäischen Union, um die in Zelten lebenden Flüchtlinge vor dem Verhungern und/oder dem Kältetod zu retten ([www.tagesschau.de/ausland/unhcr-griechenland-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/unhcr-griechenland-101.html))?
14. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(**Köln**)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung Ziffer 6 des UN-Sicherheitsratsbeschlusses 2334 (2016) ([www.un.org/webcast/pdfs/SRES2334-2016.pdf](http://www.un.org/webcast/pdfs/SRES2334-2016.pdf)) insbesondere hinsichtlich der Zahlung der Märtyrerrenten der PLO an Terroristen und ihre Angehörigen und der palästinensischen Reaktionen auf den Terroranschlag in Jerusalem ([www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Hamas-holds-rally-in-Gaza-to-celebrate-terrorist-ramming-that-killed-four-Israelis-477860](http://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Hamas-holds-rally-in-Gaza-to-celebrate-terrorist-ramming-that-killed-four-Israelis-477860), Reuters/The Jerusalem Post, 9. Januar 2017) umsetzen, und welche Bedeutung hat der alltägliche Terror gegen israelische Bürger für den Friedensprozess zwischen der israelischen und palästinensischen Seite?
15. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass bei der angestrebten Zypern-Lösung durch einen föderalen Staat mit zwei gleichberechtigten Bundesländern, die sich weitgehend selbst verwalten, Entscheidungen, die beide Inselteile betreffen, nur gemeinsam getroffen werden können, da beide Seiten ein Vetorecht besitzen, wodurch die türkischen Zypriern wichtige Entscheidungen beim EU-Mitglied Zypern mitbestimmen könnten, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass damit der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan künftig einen Fuß in Brüssel hätte, was erhebliche Folgen für die Entscheidungen der gesamten EU hat, in denen – wie

vor allem in außen- und finanzpolitischen Fragen – meistens Einstimmigkeit erforderlich ist ([www.welt.de/politik/ausland/article160986185/Die-Angst-Europas-vor-Erdogans-trojanischem-Pferd.html](http://www.welt.de/politik/ausland/article160986185/Die-Angst-Europas-vor-Erdogans-trojanischem-Pferd.html))?

16. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Wie viele Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Repression nach dem Putschversuch in der Türkei inhaftiert bzw. werden mit Haftbefehl gesucht, und in welcher Zahl befinden sich unter den Verfolgten auch Journalisten/Journalistinnen, Anwälte/Anwältinnen oder Politiker/innen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

17. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Was ist der Bundesregierung über die Betreiber/Einzahler sowie Nutznießer eines Geheimfonds bekannt, aus dem sich der auch für die Bundesregierung tätige Ex-Geheimagent Werner Mauss als „internationale Reserve“ bedient haben soll und der nach Aussagen des ehemaligen Kanzleramtsministers Bernd Schmidbauer, der bei Antritt seiner Stelle im Jahr 1991 über den Fonds informiert war, unter anderem von den Regierungen der USA und Israels befüllt worden war ([tagesschau.de](http://tagesschau.de) vom 9. Januar 2017, „Schmidbauer entlastet Mauss“; [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de) vom 9. Januar 2017, „Ein bisschen Frieden“), und auf welche Weise hat die Bundesregierung den Agenten für seine damaligen Dienste finanziell oder anderweitig begünstigt (bitte angeben, auf welchem Weg etwaige Finanztransaktionen vorgenommen wurden)?

18. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über einen u. a. vom früheren BKA-Vizepräsidenten Gerhard Boeden 1985 initiierten sowie von Israel und den USA finanzierten „internationalen Reserve-Fonds“ für nachrichtendienstliche Geheimoperationen von Werner Mauss und andere freiberufliche Agenten, wie am 9. Januar 2017 der ehemalige Kanzleramtsminister und Koordinator der Bundesnachrichtendienste, Bernd Schmidbauer,

wegen dieser Funktion als Zeuge vor Gericht geladen unter strafbewehrter Wahrheitspflicht bekundete (vgl. BILD und diverse weitere Medien, online, 9. Januar 2017), und welche Details teilt die Bundesregierung über etwaige Erstattungen an die Haupteinzahler, eigene direkte Einzahlungen in den Fonds sowie hieraus finanzierte Operationen je auf ihr (bzw. ihrer Behörden) Geheiß mit?

19. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnis hat die Bundesregierung über das Informationssammeln durch Imame oder Funktionäre der DITIB – Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. und ihrer Mitgliedsorganisationen für türkische Stellen (Spionage), und was weiß die Bundesregierung über die Informationszuträger des PRÄSIDIUMS FÜR RELIGIONSANGELEGENHEITEN (DIYANET) in Deutschland (insbesondere Identität, Aufenthaltsort etc.; vgl. [www.welt.de/politik/deutschland/article160386720/Strafanzeige-gegen-Ditib-wegen-moeglicher-Agententaetigkeit.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article160386720/Strafanzeige-gegen-Ditib-wegen-moeglicher-Agententaetigkeit.html), [www.spiegel.de/politik/deutschland/volker-beck-zeigt-imame-der-ditib-wegen-spionage-verdacht-an-a-1126240.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/volker-beck-zeigt-imame-der-ditib-wegen-spionage-verdacht-an-a-1126240.html), [www.n-tv.de/politik/Ditib-entschuldigt-sich-fuer-Spitzeleien-article19533171.html](http://www.n-tv.de/politik/Ditib-entschuldigt-sich-fuer-Spitzeleien-article19533171.html))?

20. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, wer konkret Empfänger der schriftlichen Anweisung der türkischen Religionsbehörde DIYANET zur Spitzelei für den türkischen Staat gewesen ist ([www.deutschlandfunk.de/islamverband-ditib-entschuldigt-sich-wegen-bespitzelungen.447.de.html?drn:news\\_id=698507](http://www.deutschlandfunk.de/islamverband-ditib-entschuldigt-sich-wegen-bespitzelungen.447.de.html?drn:news_id=698507)), und inwieweit zeigt der Umstand, dass die DITIB, Mitglied der Deutschen Islam Konferenz und Gesprächspartner der Bundesregierung, bzw. DITIB-Imame dieser Anweisung gefolgt ist, dass sie religiös nicht selbstbestimmt ist und schon allein deshalb nicht die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen einer Religionsgemeinschaft erfüllt ([www.deutschlandfunk.de/innenministerium-zum-islamverband-ditib.1773.de.html?dram:article\\_id=376083](http://www.deutschlandfunk.de/innenministerium-zum-islamverband-ditib.1773.de.html?dram:article_id=376083))?



21. Abgeordneter  
**Özcan Mutlu**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Von welchen durch Artikel 107 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verbotenen Beihilfen, wie sie die Europäische Kommission derzeit im Rahmen eines Verfahrens gegen spanische Fußballclubs ermittelt (Süddeutsche Zeitung vom 11. Januar 2017), profitieren Profisportclubs in Deutschland möglicherweise, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um diese unerlaubte Wettbewerbsverzerrung schnellstmöglich zu unterbinden?
22. Abgeordneter  
**Özcan Mutlu**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund hat sich das Bundesministerium des Innern nach Medienberichten aus der Unterstützung des seit 2013 gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund e. V. und dem Verband Deutscher Sportjournalisten e. V. in jedem Jahr vergebenen Fair Play Preis des Deutschen Sports zurückgezogen ([www.tagesspiegel.de/sport/bundesinnenministerium-das-ist-nicht-fair/14948580.html](http://www.tagesspiegel.de/sport/bundesinnenministerium-das-ist-nicht-fair/14948580.html)), und erwägt die Bundesregierung, sich in den kommenden Jahren wieder an dem Fair Play Preis des Deutschen Sports zu beteiligen?
23. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2005 bis 2015 jeweils aus Deutschland ausgereist, um ihren Wohnsitz dauerhaft ins Ausland zu verlagern (auszuwandern), und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das berufliche Qualifikationsniveau und die Motivationen der betreffenden Personen zur Emigration vor?
24. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen, die Anis Amri zugeordnet werden konnten, lagen deutschen Behörden von Seiten eines marokkanischen Nachrichten- bzw. Geheimdienstes vor, und wann haben sie diese jeweils erhalten?
25. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)
- Gab es weitere Hinweise ausländischer Nachrichtendienste mit Bezug zu Anis Amri, von denen Behörden des Bundes Kenntnis erhalten haben?

26. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)  
Unter wie vielen Alias-Identitäten wurde Anis Amri in Deutschland registriert, und welche Behörden waren in Deutschland über die tatsächliche Identität von Anis Amri informiert (bitte unter Angabe des Zeitpunktes)?
27. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)  
Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass Anis Amri auf eine seiner Alias-Identitäten eine Duldungsbescheinigung des Kreises Kleve ausgestellt bekam, obwohl dort seine tatsächliche Identität bekannt war, und wenn ja, aus welchen Gründen wurde dieses Vorgehen gewählt?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

28. Abgeordneter  
**Frank Tempel**  
(DIE LINKE.)  
Welche Ermittlungs- und Strafverfahren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland gegen Anis Amri geführt, und mit welchem Ergebnis jeweils?
29. Abgeordneter  
**Frank Tempel**  
(DIE LINKE.)  
Wurde, nachdem Anis Amri für die für ihn zuständige Ausländerbehörde nicht mehr erreichbar war und auch die Staatsanwaltschaft Duisburg ihr Ermittlungsverfahren wegen Sozialleistungsbetrugs wegen des unbekanntem Aufenthaltsorts von Anis Amri eingestellt hatte, Anis Amri zur Aufenthaltsermittlung (Fahndung) ausgeschrieben, und wenn nein, sind der Bundesregierung die Gründe hierfür bekannt?
30. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)  
Sieht die Bundesregierung in Bezug auf ein Schreiben des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, datiert auf den 14. Dezember 2016, in dem Fachkreise und Verbände aufgefordert wurden, bis zum 3. Januar 2017 ihre Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung der materiellen Zulässigkeitsvoraussetzungen von ärztlichen Zwangsmaßnahmen und zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Betreuten abzugeben, das Partizipationsrecht von Menschen mit Behinderungen nach

Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention in Hinblick auf die kurze Bearbeitungsfrist verwirklicht?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

31. Abgeordnete  
**Katrin Kunert**  
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Brüsseler Antikorruptionsbehörde OLAF seit dem Jahr 2010 Ermittlungen wegen Veruntreuung von EU-Fördermitteln gegen ungarische Politiker der Regierungspartei Fidesz aufgenommen (DER SPIEGEL, Heft 2, 7. Januar 2017, S. 94 f.)?
32. Abgeordnete  
**Katrin Kunert**  
(DIE LINKE.)
- Um welche Förderprojekte handelt es sich nach Kenntnis der Bundesregierung dabei, und wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen der Antikorruptionsbehörde OLAF?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

33. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Welche Mehrkosten entstehen nach Berechnung der Bundesregierung für das Aussetzen des „Zwangspoolens“ in den beiden nach Artikel 1 § 104 Absatz 3 des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Verbindung mit Artikel 1 § 78 Absatz 1 genannten Lebensbereichen, und wie viel würde es nach Berechnung der Bundesregierung kosten, gänzlich auf das „Zwangspoolen“ in allen nach Artikel 1 § 78 Absatz 1 BTHG aufgelisteten Lebensbereichen zu verzichten?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

34. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung zur Anzahl der Gebiete in Syrien und Irak, von denen die sechs Tornados der Bundeswehr im vergangenen Jahr Bilder gemacht hatten, bei denen anschließend Luftangriffe der Streitkräfte der „Operation Innere Entschlossenheit“ stattfanden, mit welchen Folgen für die Zivilbevölkerung, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass in Zukunft unter der US-Präsidentschaft Donald Trumps keine Einsätze auf Grundlage von Bildern stattfinden, die von der Bundeswehr geliefert werden, die Tote und Verletzte in der Zivilbevölkerung riskieren?
35. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den tatsächlichen Einsatz der seit 2014 an die kurdische Autonomieregierung in Irak gelieferten Waffen und Munition?
36. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- An welche Verbände der verschiedenen Parteien unterstehenden Peschmerga-Milizen hat die Bundesregierung im November und Dezember 2016 die Waffen und Munition geliefert (<http://augengeradeaus.net/2016/11/die-vorerst-letzten-deutschen-waffen-fuer-kurdistan/>)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

37. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse bzw. Schätzungen liegen der Bundesregierung zur vollzogenen bzw. zu erwartenden Entwicklung der Zahl der Geburtsstationen bzw. geburtshilflichen Abteilungen in Deutschland im Jahr 2016 sowie im laufenden Jahr 2017 vor?

## Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

38. Abgeordnete  
**Tabea Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten für einen flächendeckenden Glasfaserausbau in Deutschland für FTTB (Fibre to the Building) und FTTH (Fibre to the Home)?
39. Abgeordnete  
**Tabea Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Gibt es Pläne seitens der Bundesregierung, eine entsprechende Studie zu den Kosten des flächendeckenden Glasfaserausbaus in Deutschland zu beauftragen, analog zur vom Bundeswirtschaftsministerium im Jahr 2013 in Auftrag gegebenen Studie der TÜV Rheinland AG „Szenarien und Kosten für eine kosteneffiziente flächendeckende Versorgung der bislang noch nicht mit mindestens 50 Mbit/s versorgten Regionen“, und falls keine Studie zu den Kosten des Glasfaserausbaus geplant ist, auf welcher Bedarfsgrundlage will die Bundesregierung den Glasfaserausbau und damit „die Gigabitgesellschaft fördern“, wie es im Papier „Eckpunkte Zukunftsoffensive Gigabit Deutschland“ vom 8. November 2016 des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur heißt?
40. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Klimaschutz-Stabsstelle des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, deren geplante Einrichtung das Bundesministerium im Oktober 2016 der „Süddeutschen Zeitung“ bestätigt hat, eingerichtet, und wie wird der Stab organisiert (bitte aufschlüsseln nach Aufgaben, Personalstärke und Leitungsorganisation)?
41. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche rechtlichen Grundlagen müssen nach Kenntnis der Bundesregierung geändert werden, damit der öffentliche Personennahverkehr gemäß dem Aktionsplan des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, in allen deutschen Städten ab 2019 mit einer einzigen elektronischen Chipkarte bzw. einem Handyticket genutzt werden kann (vgl. Berliner Zeitung vom 7. Januar 2017), und welche Gesetzesänderungen bereitet die Bundesregierung hierzu bereits vor?

42. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung bezüglich des Verordnungsentwurfs zum Thema Schienenlärm, den der Parlamentarische Staatssekretär Norbert Barthle in der Antwort auf meine Mündliche Frage 40, Plenarprotokoll 18/208 erwähnte (bitte angeben, in welchem Monat der Verordnungsentwurf vorgelegt werden soll), und enthält der Verordnungsentwurf die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigten ordnungsrechtlichen Eingriffe (Nachtfahrverbote für nicht umgerüstete Güterwagen), falls im Jahr 2016 nicht mindestens die Hälfte aller in Deutschland verkehrenden Güterwagen „leise“ Bremsen hatte?



